

Meilensteine der EU-Erweiterung

(Erschienen in: Forum Politische Bildung (Hg.): EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (Informationen zur Politischen Bildung), Nr. 19, 2003, S. 91)

1957

Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande unterzeichnen den Vertrag von Rom und gründen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

1963

Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der Türkei.

1973

Dänemark, Irland und Großbritannien treten der EG bei.

1981

Griechenland tritt der EG bei.

1986

Portugal und Spanien treten der EG bei.

1988

Unterzeichnung des ersten Handels- und Kooperationsabkommens mit Ungarn, anschließend werden ähnliche Abkommen mit den anderen mitteleuropäischen Ländern unterzeichnet.

1989

Fall der Berliner Mauer
Die Europäische Gemeinschaft richtet das PHARE-Programm ein.
Stellungnahme zur Türkei

1991

Unterzeichnung des ersten Europa-Abkommens mit Ungarn und Polen (Ratifizierung 1994); anschließend werden ähnliche Abkommen mit den anderen mitteleuropäischen Staaten unterzeichnet.

1993

Der Europäische Rat von Kopenhagen einigt sich auf die Beitrittskriterien.
Die Europäische Kommission verabschiedet die Stellungnahmen zu Zypern und Malta.

1994

Der Europäische Rat von Essen beschließt die Heranführungsstrategie.

1995

Österreich, Finnland und Schweden treten der EU bei.
Der Europäische Rat von Cannes legt den PHARE-Haushalt auf 6,9 Milliarden Euro für den Zeitraum 1995–99 fest.

1997

Die Europäische Kommission verabschiedet die Agenda 2000
Der Europäische Rat von Luxemburg einigt sich auf den Beginn des Erweiterungsprozesses, einschließlich der Beitrittsverhandlungen und der intensivierte Heranführungsstrategie.

1998

März:
Erste Europa-Konferenz

Start des Beitrittsprozesses

Verabschiedung der Beitrittspartnerschaften
Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Zypern, der Tschechischen Republik, Estland, Ungarn, Polen, Slowenien

April:

Beginn des Screening-Prozesses mit den zehn beitragswilligen Ländern Mitteleuropas und Zypern

Oktober:

Malta erneuert seinen Mitgliedschaftsantrag.

November:

Die Europäische Kommission verabschiedet die ersten regelmäßigen Berichte.

Dezember:

Der Europäische Rat von Wien unterstützt die regelmäßigen Berichte der Europäischen Kommission.

1999

Februar:
Die Europäische Kommission stellt eine aktualisierte Fassung ihrer Stellungnahme zu Malta von 1993 vor.

März:

Der Europäische Rat von Berlin stellt den Finanzrahmen für 2000–2006 vor, darunter die Vor-Beitrittsilfe und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Beitritt.

Oktober:

Die Europäische Kommission verabschiedet die zweite Reihe regelmäßiger Berichte und überprüft die Beitrittspartnerschaften.

Dezember:

Der Europäische Rat von Helsinki bestätigt die umfassende Natur des Beitrittsprozesses, beschließt Beitrittsverhandlungen mit sechs weiteren Bewerberländern zu eröffnen und bestätigt, dass die Türkei ein Land ist, das für den Beitritt zur Europäischen Union in Frage kommt.

2000

Februar:
Offizielle Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakischen Republik.

Juni:

Auf dem Gipfel von Feira wird das Prinzip der Differenzierung und des Nachholens bestätigt sowie die Bedeutung der Verwaltung für die Umsetzung des *acquis communautaire* unterstrichen.

November:

Die Europäische Kommission verabschiedet eine dritte Reihe regelmäßiger Berichte sowie eine Beitrittspartnerschaft für die Türkei.

Dezember:

Der Europäische Rat von Nizza legt die institutio-

nelle Basis für die Erweiterung durch den Beschluss der zwischenstaatlichen Konferenz über Fragen der institutionellen Reform. Ferner wird die von der Kommission vorgeschlagene Erweiterungsstrategie gebilligt. Das Hauptelement der Strategie ist der Fahrplan für die Verhandlungsführung.

2001

Juni:

Der Europäische Rat von Göteborg bestätigt, dass der Erweiterungsprozess unumkehrbar ist und versichert erneut, dass an der „Wegskizze“ als Rahmen für einen erfolgreichen Verhandlungsabschluss festzuhalten ist. Unter der Voraussetzung, dass Fortschritte auf dem Weg zur Erfüllung der Beitrittskriterien in unverminderter Geschwindigkeit fortgesetzt werden, sollte der Fahrplan es ermöglichen, dass Verhandlungen mit den Ländern, welche zum Beitritt bereit sind, gegen Ende 2002 abgeschlossen werden und sie sich an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 als neue Mitgliedstaaten beteiligen können.

Oktober:

Der Europäische Rat von Gent unternimmt eine Halbzeit-Prüfung der Umsetzung der Erweiterungsstrategie, auf die man sich in Nizza geeinigt hatte.

November:

Die Europäische Kommission nimmt die vierte Reihe regelmäßiger Berichte vor sowie Vorschläge für überarbeitete Beitrittspartnerschaften an.

2003

8. März: Referendum in Malta: 53,5 Prozent der stimmberechtigten MalteserInnen haben für den Beitritt gestimmt.

23. März: Referendum über den EU-Beitritt in Slowenien. Die SlowenInnen haben mit überwältigender Mehrheit (ca. 90 %) für den EU-Beitritt gestimmt

12. April: Abstimmung über den EU-Beitritt in Ungarn (ca. 85 %)

16. April: Unterzeichnung der Beitrittsverträge für die 10 neuen EU-Mitglieder in Athen

9. Mai: Europatag (Veranstaltungen in ganz Europa)

11. Mai: Referendum über den EU-Beitritt in Litauen

16./17. Mai: Referendum über den EU-Beitritt in der Slowakei

8. Juni: Referendum über den EU-Beitritt in Polen

12. Juni: Plenarsitzung des Konvents

15./16. Juni: Referendum über den EU-Beitritt in Tschechien

14. September: Referendum über den EU-Beitritt in Estland

20. September: Referendum über den EU-Beitritt in Lettland

Quelle: Europäische Kommission (Hrsg.): Die Erweiterung der Europäischen Union. Eine historische Gelegenheit. Brüssel 2002, S. 30f., www.europa.eu.int